

Freie Ärzteschaft

Ärztliche Schweigepflicht und informationelle Selbstbestimmung der Patienten erhalten – Schluss mit der systematischen Verantwortungslosigkeit!

Die kritische Ärzteschaft und viele psychologischen Psychotherapeuten fordern Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf, in seinem Fachbereich die deutschen Datenschutzgesetze umzusetzen und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren. Als Hauptverantwortlicher für die Totalvernetzung in der Medizin und der verstaatlichten Institution gematik hat er dafür zu sorgen, dass unverzüglich eine Technikfolgenabschätzung und eine Datenschutzfolgenabschätzung für die Telematik-Infrastruktur erstellt werden. Solange es hier keinerlei Schutz für Ärzte und Patienten gibt, sind alle Strafzahlungen für die Praxen unrechtmäßig.

Nach dem Bekanntwerden der bundesweiten Probleme beim Anschluss der Praxen an die gesetzlich vorgeschriebene Telematik-Infrastruktur die Verantwortung ausschließlich auf die Arztpraxen abzuschieben, zeigt nicht nur die Missachtung des Gesundheitsministers für Datenschutz und Datensicherheit, sondern auch die Missachtung der Tätigkeit von Ärzten und Psychologischen Psychotherapeuten.

Die Freie Ärzteschaft fordert anlässlich ihrer Mitgliederversammlung am 30.11.2019 in Düsseldorf:

- Freiwilligkeit für Ärzte und Patienten in Bezug auf jegliche Datenweiterleitung von sensiblen Medizindaten und der Verbindung von Praxen mit externen Infrastrukturen.
- Schluss mit Strafzahlungen für Ärzte und Psychologische Psychotherapeuten, die ihre sensiblen Praxisdaten schützen.
- Adäquate Investitionszuschläge für die IT-Sicherheitskosten in den Praxen.
- Ausschließlich dezentrale, sichere Kommunikation im Medizinsystem.
- Schutz der informationellen Selbstbestimmung als Grundrecht aller Bürger. Keine Datenauswertung für „Forschungsprojekte“ ohne Zustimmung der betroffenen Patienten.